

# Großteil des Landkreises kommt für Endlager infrage

Raum Hildesheim gehört zu jener Hälfte des Bundesgebietes, die geologische Voraussetzungen erfüllt / Erste Reaktionen aus der Politik

Von Tarek Abu Ajamieh

Halb Deutschland kommt grundsätzlich für ein Atommüll-Endlager infrage – und auch weite Teile des Landkreises Hildesheim. Das geht aus den am Montag veröffentlichten Plänen der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) zu sogenannten Teilgebieten hervor. Demnach bietet das Kreisgebiet sowohl Tonstein- als auch Salzsteinformationen, in denen die geologischen Voraussetzungen für ein Endlager gegeben wären. Ausgeschlossen sind hingegen das Giesener Kali-Bergwerk sowie die anderen Stollen des Düngemittel-Konzerns Kali + Salz im Landkreis (siehe Extra-Text).

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Bernd Westphal erklärte am Montag: „Mit dem Zwischenbericht der BGE liegen nun mehrere potenzielle Endlager-Standorte vor, die anhand von wissenschaftlichen Kriterien identifiziert worden sind. Hier geht es allein um die Geologie, nicht um Geografie.“ Dass die bayerische Landesregierung ein Endlager in Bayern ausschließen will, bezeichnete Westphal als „verantwortungslos, da immer noch zwei Kernkraftwerke in Bayern am Netz sind“.

In die gleiche Kerbe haut der Hildesheimer SPD-Landtagsabgeordnete Bernd Lynack: „Niedersachsen ist in den Vorjahren mit Gorleben, Schacht Konrad und auch der Asse weit in Vorleistung für die gesamte Republik getreten. Deshalb ist das Verhalten Bayerns und Sachsens ganz und gar nicht zu akzeptieren.“

Lynack betonte, er sei froh, dass die Kali-Bergwerke nicht als Endlager infrage kommen. Er erwarte, dass die weiteren bundesweiten Erkenntnisse und Schritte fortlaufend öffentlich kommuniziert werden. „Dabei werden wir deutlich machen, dass es für die Zukunft der Region Hildesheim kein Endlager braucht.“

Das Kreisgebiet bietet zwei der drei sogenannten Wirtsgestein-Arten, die für ein Endlager infrage kommen: Tonstein und Steinsalz. An vielen Stellen überlappen sich beide sogar. So findet sich in einem Großteil des nordöstlichen Landkreises, der Börde, ebenso Tongestein wie im Gebiet zwischen Sarstedt und Nordstemmen sowie im südlichen Leinetal und in den Sieben Bergen.

Steinsalz lagert vor allem unterhalb weiter Teile des südlichen Landkreises, aber auch im Nordkreis sozusagen um die Kali-Lagerstätten bei Giesen herum. Bei Sarstedt, in den Bergen oberhalb von Gronau und Alfeld sowie in einem Band von Algermissen über Hildesheim bis grob Wendhausen und Heersum kommen beide Gesteinsformationen vor.

Das Endlager soll bis 2031 gefunden sein und 2050 den Betrieb aufnehmen. Dann soll es „für eine Million Jahre sicher sein“, wie der Bundestagsabgeordnete Westphal erklärt. Er befasst sich besonders mit der Finanzierung: Er ist Mitglied im Kuratorium – einer Art Aufsichtsrat – des sogenannten Atomfonds. Die vier Konzerne E.on, RWE, EnBW und Vattenfall haben vor drei Jahren 24,1 Milliarden Euro eingezahlt. Der Fonds steht unter staatlicher Kontrolle und soll dieses Kapital durch Geldanlage vermehren. Der Fonds soll die Suche nach Zwischen- und Endlagern für Atommüll finanzieren.

## Kali-Schächte kein Thema

BEG und K+S begegnen Spekulationen um Bergwerke

Die Debatte um die Suche nach einem neuen Endlager hat vor allem im nördlichen Landkreis Ängste neu befeuert: Das Giesener Kali-Bergwerk könnte im Fokus stehen, dass Atommüll für alle Ewigkeit tief im Boden des Nordkreises eingelagert wird. Doch dagegen sprechen nicht nur die Veröffentlichungen der BGE im Vorfeld. Auch der Düngemittel-Konzern Kali + Salz (K+S) als Betreiber mehrerer zum Teil noch offener, zum Teil stillgelegter Bergwerke im Hildesheimer Land legt sich auf HAZ-Nachfrage fest: Keiner dieser Standorte komme für ein Atommüll-Endlager in Betracht.

„Sowohl Siegfried-Giesen als auch Bad Salzdettfurth oder andere ehemalige Kalibergwerke wurden als Gewinnungsbergwerke errichtet und betrieben“, erklärt K+S-Sprecher Ulrich Göbel. Das bedeutet, dass das Ziel sei, dort möglichst viel Rohstoff abzubauen, wodurch sehr große Hohlräume unter Tage entstehen. „Im Gegensatz dazu ist eine wesentliche Anforderung an Endlagerbergwerke, dass die Größe der Hohlräume möglichst klein und deren Abstand zueinander möglichst groß sein soll“, so Göbel weiter. Beide Voraussetzungen seien in Produktionsbergwerken nicht gewährleistet. Er betont: „Unter anderem aus diesem Grund kommen aus unserer Sicht die vorgenannten Bergwerke nicht in Betracht bei der Endlagersuche.“

Doch es gebe noch weitere Ausschlusskriterien, die sich aus dem Anforderungskatalog der BGE ergeben. So sei der Mindestabstand zu Siedlungen bei den Bergwerken im Raum Hildesheim nicht gegeben, auch seien diese nicht tief genug. Grundsätzlich kämen ohnehin eher Steinsalz-Lagerstätten als die in dieser Region vorhandenen Kali-Lagerstätten in Betracht. Denn letztere seien „aufgrund ihrer komplexen mineralogischen Zusammensetzung und der besonderen chemischen Eigenschaften einiger Kali-Mineralen“ kaum geeignet.

Letzteres ist auch für die BGE der offenbar entscheidende Punkt. Die Behörde mit Sitz in Peine hat beim Thema Salzgestein nämlich ausdrücklich nur Steinsalz-Formationen als mögliche Standorte für ein neues Atommüll-Endlager genannt. Solche gibt es im Landkreis Hildesheim allerdings auch. abu

